



Medienkommentar

Eskalierende Flüchtlingsströme durch Südosteuropa – Nur ein Zufall?



Mitte August dieses Jahres sagte EU-Migrationskommissar Dimitris Avramopoulos, dass die Flüchtlinge zunehmend über die Staaten des Balkans – die sogenannte „Balkanroute“ - in die Europäische Union gelangten. Im Juli allein seien in Ungarn 35'000 Menschen angekommen...

Mitte August dieses Jahres sagte EU-Migrationskommissar Dimitris Avramopoulos, dass die Flüchtlinge zunehmend über die Staaten des Balkans – die sogenannte „Balkanroute“ - in die Europäische Union gelangten. Im Juli allein seien in Ungarn 35'000 Menschen angekommen. Die Flüchtlingsströme über die Balkanroute nehmen inzwischen weit größere Ausmaße an, als die auf dem gefährlichen Seeweg über das Mittelmeer. Die Regierungen in den südosteuropäischen Staaten sind maßlos überfordert und die Lage drohe zu eskalieren. Fast täglich erreichen uns Bilder von Horrorszenarien aus diesen Ländern. In all den Ländern mangelt es an Auffang- und Empfangslagern. Etablierte Asylsysteme gebe es nicht, denn bis vor wenigen Jahren habe niemand auf dem Balkan Asyl beantragt, berichtete Andreas Ernst, Korrespondent der Neuen Zürcher Zeitung (NZZ) und Südosteuropa-Experte. Grund genug für klagemauer.tv, einen Blick auf die Balkanroute zu werfen, um welche Staaten es sich genau handelt, und wie der plötzliche Ansturm erklärt werden könnte.

1. Station Türkei: Die allermeisten Flüchtlinge aus Syrien, Afghanistan und dem Irak kommen auf dem Landweg über die Türkei in die EU. Die Türkei hat am meisten syrische Flüchtlinge aufgenommen: fast zwei Millionen Menschen. Die Vertriebenen leben in 20 Lagern mit je 8.000 bis 27.000 Flüchtlingen. Obwohl die Flüchtlinge von der türkischen Bevölkerung gut aufgenommen würden, sei die Lage in den türkischen Flüchtlingslagern dramatisch, meldet das Schweizer Radio SRF1 am 21. August 2015. Das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen musste in neun von 20 Lagern die Ernährungshilfe stoppen. Die Türkei komme an ihre Grenzen.

2. Station Griechenland: Allein im Juli waren etwa 50'000 Flüchtlinge aus der Türkei per Boot nach Griechenland gelangt, so SRF am 24. August. Die Chefin der Provinzverwaltung von Lesbos sagte, ich zitiere: „Auf den Inseln der nördlichen Ägäis leben 298'000 Menschen. Seit Anfang dieses Jahres haben wir 119'000 Flüchtlinge aufgenommen. Das überschreitet unsere Möglichkeiten“. Die Zustände auf den griechischen Inseln und speziell auf Kos seien unhaltbar. „Auf den Inseln herrscht das totale Chaos“, sagte der Europa-Direktor von UNHCR. Es gebe überhaupt keine Infrastruktur für die Aufnahme der Menschen. Es fehle an sanitären Einrichtungen, und die meisten Flüchtlinge müssten schutzlos unter freiem Himmel schlafen. Auch kam es zu Ausschreitungen und den Polizisten blieb nichts anderes übrig, als mit Schlagstöcken gegen Migranten vorzugehen.

3. Station Mazedonien: Hilfsorganisationen schätzen, dass täglich mehr als 2000 Menschen illegal die griechisch-mazedonische Grenze überqueren. Einige Tausend campieren im „Niemandland“, da Mazedonien die Grenze teilweise dicht macht. Die mazedonische Polizei habe Tränengas gegen aufgebrachte Flüchtlinge eingesetzt, wie SRF am 21. August

berichtete. Laut dem SRF-Sonderkorrespondenten Stephan Rathgeb gäbe es in Mazedonien kein Verständnis dafür, warum ein so kleines Land täglich tausende Menschen durchschleusen solle. Der österreichische Außenminister Sebastian Kurz war am 24. August vor Ort in Mazedonien und sagte, ich zitiere: „Die Westbalkan-Länder werden überrannt und sich selbst überlassen.“

4. Station Serbien: Nach Schätzungen des UNO-Flüchtlingshilfswerks (UNHCR) hätten allein am Wochenende vom 22. und 23. August mehr als 7.000 Menschen Serbien erreicht. Rund 4.000 Flüchtlinge steckten auf einem Feld im Süden Serbiens fest. Die serbische Behörden seien überfordert und die Versorgungslage prekär, meldete SRF am 23. August. Seit Anfang Jahr haben in Serbien über 35'000 Flüchtlinge einen Asylantrag gestellt.

5. Station Ungarn: Viele der Flüchtlinge wollen von Serbien über Ungarn weiter nach Westeuropa. Nach ungarischen Behördenangaben kamen in diesem Jahr bereits rund 81'000 illegale Flüchtlinge nach Ungarn, allein rund 80'000 davon aus Serbien. Viele von ihnen wollen nach Österreich oder Deutschland weiterreisen. Um den Ansturm der Flüchtlinge aus Serbien zu unterbinden, hatte Ungarn Mitte Juli mit dem Bau eines Grenzzauns aus Stacheldraht begonnen. Einmal fertiggestellt soll dieser Zaun vier Meter hoch und 175 Kilometer lang sein.

Soweit die Stationen der Balkanroute auf dem Weg nach Mitteleuropa, v.a. nach Deutschland und Österreich. Gemäß neusten Schätzungen werden in Deutschland bis Ende des Jahres 800.000 Flüchtlinge erwartet. Ob es sich bei den rapide ansteigenden und eskalierenden Flüchtlingsströmen durch Südosteuropa um Zufall handelt, oder ob diese gezielt gesteuert werden, kann zur Zeit nur vermutet werden. Für den deutschen Analysten und freien Journalisten Christoph Hörstel ist klar, ich zitiere: „Wir haben als NATO-Länder selbstverständlich die Möglichkeit, mit unseren Geheimdiensten solche Flüchtlingsströme und z.B. die Schlepperbanden zu stoppen. Aber nein, meine Analyse ist: Wir fördern das und da gibt es eine Reihe Daten dazu.“ Zitat Ende.

Über solche Daten, wer hinter der Regulierung der Flüchtlingsströme nach Europa stecken könnte, wurde ausführlich in den Sendungen vom 15. und 16. August berichtet. Was jedoch bei der Balkanroute und deren eskalierenden Flüchtlingsströmen ins Auge gefasst werden muss, ist die Tatsache, dass es sich genau um dieselben Staaten handelt, die auch am sogenannten Turkish-Stream-Projekt beteiligt sind. Dabei handelt es sich um ein internationales Projekt einer Gaspipeline, die auf dem Grund des Schwarzen Meeres in die Türkei verlegt werden soll. Die Investitionen für Turkish-Stream werden vollständig vom russischen Erdgasförderunternehmen Gazprom finanziert. Gazprom ist der größte zivile Arbeitgeber Russlands, wobei der russische Staat im Aufsichtsrat die Mehrheit der Sitze hält. Turkish-Stream soll russisches Erdgas nach Europa liefern, nachdem das Gas-Projekt „South Stream“ – das Europa über Bulgarien versorgen sollte – scheiterte. Bulgarien hatte sich auf Druck der USA dagegengestellt. Turkish-Stream soll nun von der Türkei weiter nach Griechenland verlegt werden. Von dort soll über ein Verteilerzentrum das Gas nach Mazedonien, Serbien und Ungarn gehen. Die Außenminister von Griechenland, Mazedonien, Serbien und Ungarn trafen sich am 7. April in Budapest, um das Projekt Turkish Stream zu besprechen.

Dass gerade die Balkanländer – Türkei, Griechenland, Mazedonien, Serbien – und das angrenzende Ungarn, Turkish Stream unterstützen und mit Russland kooperieren, ist der US-amerikanischen Regierung offensichtlich ein Dorn im Auge. So soll der Energiebeauftragte des US-Außenministeriums Amos Hochstein bei einem Treffen mit dem griechischen Strukturreform-Minister Panagiotis Lafazanis Anfang Mai 2015 direkt gesagt haben, die Amerikaner lassen sich das „Turkish Stream“-Projekt nicht gefallen. In Washington macht man kein Hehl aus der Absicht, Gazprom den europäischen Absatzmarkt

wegzunehmen, und zwar durch politischen Druck auf seine Abnehmer, wie klagemauer.tv in der Sendung vom 24.07.2015 ausführlich berichtete.

Ob die eskalierenden Flüchtlingsströme in und durch die Türkei, Griechenland, Mazedonien, Serbien und Ungarn unter anderem auch mit deren Beteiligung mit Turkish-Stream direkt zusammenhängen, kann nicht mit letzter Gewissheit gesagt werden. Auch nicht, ob dadurch der Bau der Turkish-Stream verhindert werden soll. Was aber gesagt werden kann, ist: 1., dass gerade diese Länder, die das Turkish-Stream-Projekt unterstützen, durch die Flüchtlingsströme massiv geschwächt und destabilisiert werden und 2. dass die US-amerikanische Handschrift hinter den Flüchtlingsströmen zu finden ist. Zu beurteilen, ob es sich dabei um einen Zufall handelt, bleibt Ihnen, liebe Zuschauer, selbst überlassen.

von dd.

Quellen:

www.srf.ch/news/international/schlimmste-fluechtlingskrise-seit-dem-2-weltkrieg

www.srf.ch/news/international/bis-vor-kurzem-hat-niemand-auf-dem-balkan-asyl-gesucht

www.srf.ch/sendungen/rendez-vous/dramatische-lage-in-tuerkischen-fluechtlingslagern

www.srf.ch/news/international/eine-voelkerwanderung-auf-dem-weg-durch-serbien

www.srf.ch/sendungen/srf-4-aktuell/mazedonien-einige-tausend-campieren-im-niemandsland

www.srf.ch/sendungen/info-3/fluechtlingsdrama-in-mazedonien

www.srf.ch/news/international/ungarn-will-fluechtlinge-nur-ausserhalb-von-wohngegenden

www.srf.ch/sendungen/tagesschau/ruecktritt-tsipras-klage-gegen-ensi-tausende-fluechtlinge

www.srf.ch/news/schweiz/fluechtlingselend-im-balkan-wie-die-schweiz-helfen-will

www.srf.ch/news/international/gestern-mazedonien-heute-serbien

www.srf.ch/news/international/ausnahmestandard-mazedonien-in-der-fluechtlingskrise

www.srf.ch/news/international/wasser-damit-die-menschen-wenigstens-nicht-verdursten

<http://www.kla.tv/6541>

<http://derstandard.at/2000015820857/Russlands-Plan-B-Gaslieferungen-ueber-Mazedonien>

https://de.wikipedia.org/wiki/Turkish_Stream

<http://de.sputniknews.com/politik/20150513/302305115.html>

Das könnte Sie auch interessieren:

#Fluechtlinge - Flüchtlingsströme nach Europa - www.kla.tv/Fluechtlinge

#Medienkommentar - www.kla.tv/Medienkommentare

Kla.TV – Die anderen Nachrichten ... frei – unabhängig – unzensiert ...



- was die Medien nicht verschweigen sollten ...
- wenig Gehörtes vom Volk, für das Volk ...
- tägliche News ab 19:45 Uhr auf www.kla.tv

Dranbleiben lohnt sich!

Kostenloses Abonnement mit wöchentlichen News per E-Mail erhalten Sie unter: www.kla.tv/abo

Sicherheitshinweis:

Gegenstimmen werden leider immer weiter zensiert und unterdrückt. Solange wir nicht gemäß den Interessen und Ideologien der Systempresse berichten, müssen wir jederzeit damit rechnen, dass Vorwände gesucht werden, um Kla.TV zu sperren oder zu schaden.

Vernetzen Sie sich darum heute noch internetunabhängig!

Klicken Sie hier: www.kla.tv/vernetzung

Lizenz:  *Creative Commons-Lizenz mit Namensnennung*

Verbreitung und Wiederaufbereitung ist mit Namensnennung erwünscht! Das Material darf jedoch nicht aus dem Kontext gerissen präsentiert werden. Mit öffentlichen Geldern (GEZ, Serafe, GIS, ...) finanzierte Institutionen ist die Verwendung ohne Rückfrage untersagt. Verstöße können strafrechtlich verfolgt werden.